

2. Oktober 2014

Wohnungswirtschaft und Mieterorganisationen gegen Grundsteuer-Explosion in Witten

Düsseldorf – Die Pläne der Stadt Witten, die Grundsteuer in der Ruhrgebiets-Kommune auf einen Hebesatz von nun 910 Punkten zu erhöhen, werden von Wohnungswirtschaft wie Mietervertretern gleichermaßen kritisiert. Frank Nolte, Vorstand der Wohnungsgenossenschaft Witten Mitte eG und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Wittener Wohnungsunternehmen, sagt: „Diese Grundsteuererhöhung entspricht einer Erhöhung der Wohnkosten für unsere Mieter in Höhe von 168.000 Euro im Jahr.“

Am 22. September 2014 hatte der Rat der Stadt mehrheitlich eine Ergänzung des Haushaltssanierungsplans beschlossen, der ab 2016 eine Erhöhung der Grundsteuer B auf einen Hebesatz von 910 Punkten vorsieht. Nur damit meint die Stadt die Anforderungen des Landes aus dem sogenannten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ erfüllen und einen von der Kommunalaufsicht genehmigten Haushalt erstellen zu können.

Die geplante Anhebung ist umso bemerkenswerter, da der Hebesatz noch 2012 470 Punkte betrug. Dann wurde er aufgrund der Anforderungen des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ zum Jahresbeginn 2013 auf 590 Punkte erhöht. Insgesamt soll die Grundsteuer, die faktisch von allen BewohnerInnen und Gewerbetreibenden der Stadt bezahlt werden muss, nunmehr innerhalb von vier Jahren um 94 % steigen.

Für die Wohnungswirtschaft im Westen spricht Alexander Rychter, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen. Er sieht die Grundsteuer-Explosion in Witten als Symptom eines größeren Problems. Anlässlich einer Pressekonferenz vor Vertretern der Wittener Lokalpresse sagte Rychter: „Viele Kommunen haben eine schwierige Haushaltssituation. Offenbar weiß man sich auch in Witten nicht anders zu behelfen. Die ehemals gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsunternehmen werden so aber zu Inkassobetrieben der Städte gemacht. Eine so erhebliche Erhöhung der Grundsteuer – mitten in der laufenden Diskussion um Wohnkosten, Mietpreisbremse und demografische Entwicklung – ist kontraproduktiv, hemmt Wohnungsneubau und Investitionen und schadet letzten Endes den Menschen, die gut und günstig in Witten leben möchten.“

Silke Gottschalk, Geschäftsführerin des Deutschen Mieterbund NRW sieht einen problematischen Trend: "Viele Kommunen betrachten die Erhöhung der Grundsteuer als ein Mittel, um Ihre Haushalte zu sanieren. In Nordrhein-Westfalen erhöhten rund 9 von 10 Kommunen seit 2010 mindestens einmal ihre Grundsteuer. Dies

Presse-Information

führt häufig zu einer drastischen Steigerung der Wohnkosten. Eine Entwicklung, an der die Landespolitik mit Ihren Anforderungen an einen ausgeglichenen Haushalt, nicht ganz unschuldig ist."

Der MieterInnenverein Witten u. Umgeb. e.V. befürchtet, dass die drohende Steuerhöhung von der Stadtverwaltung nun dazu genutzt wird, im Stadtrat und in der Bevölkerung mehr Akzeptanz für Kürzungen, Schließungen und Streichungen bei den wenigen der Stadt noch verbliebenen „freiwilligen“ Aufgaben zu sorgen. „Das kann genauso wenig in unserem Interesse liegen wie diese beispiellose Steuererhöhung“, sagte Vereinssprecher Knut Unger. „Schon jetzt gibt es in Witten eigentlich keine kommunale Wohnungspolitik. In Wohnquartieren wie Vormholz gibt es keine öffentliche Infrastruktur mehr.“ Weiter Streichungen würden unter diesen Bedingungen ebenso wenig zu einer handlungsfähigeren Stadtverwaltung führen wie die geplante Erhöhung der Grundsteuer. „Mit weiteren Erhöhungen ist in spätestens 3 Jahren zu rechnen“, befürchtet der Verein. „Ohne grundsätzliche Änderungen der Landespolitik ist das eine Spirale ohne Ende“

Mit einem der höchsten Hebesätze der Region werde natürlich auch der Wirtschaftsstandort Witten geschwächt, so der Mieterverein weiter. „Vor allem aber ist es sozial zutiefst ungerecht, dass die Einwohner/innen einer verarmten Stadt mit eingeschränkten öffentlichen Leistungen wie Witten wesentlich höhere Grundsteuern bezahlen sollen als wohlhabende Bewohner/innen von Metropolen wie Düsseldorf.“

Die Wittener Wohnungsunternehmen wollen nun prüfen, ob sich eine Weitergabe der Steuererhöhung an ihre Mieterinnen und Mieter verhindern lässt. Genossenschaftsvorstand Frank Nolte betont: „Wir sind kein gewinnorientiertes Unternehmen, aber wir bewegen uns eben doch in einer Marktwirtschaft und sind darauf angewiesen, dass die Finanzierung unserer Häuser nachhaltig funktioniert. Eine zusätzliche Belastung von fast 170.000 Euro können wir auch nicht einfach weglächeln.“

Presse-Information

Dem VdW Rheinland Westfalen gehören 470 Mitgliedsunternehmen der kommunalen/öffentlichen, genossenschaftlichen, kirchlichen sowie industrieverbundenen/privaten Wohnungs- und Immobilienwirtschaft an, die über eine Millionen Wohnungen allein in Nordrhein-Westfalen bewirtschaften. Mehr als jeder Fünfte der nordrhein-westfälischen Mieter lebt in diesen Wohnungsbeständen.